

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

8.12.1919 (No. 287)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 952, 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
E. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6.45 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Postgebühren 5.40 P. — Einzelnummer 15 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gespartene Zeile nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerverbreitung, zwangsweiser Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird kein Gewähr übernommen. — Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Ausfuhr nach der Schweiz gesperrt.

An die Bezirksämter der Grenzbezirke ist seitens des Ministeriums des Innern telegraphisch die folgende Anweisung ergangen: Die Ausfuhr von Möbeln, Glas-, Porzellan- und Steinartikeln, Haushaltungsgegenständen, Gegenständen des täglichen Bedarfs, landwirtschaftlichen Gebrauchsartikeln aller Art, Herden, Eisenwaren, Bekleidungsgegenständen, Stoffen, Säuben und kaufmännischen Geschäftsbüchern aus dem Lande Baden nach der Schweiz wird hiermit mit sofortiger Wirkung verboten. Das Verbot erstreckt sich auch auf die Ausfuhr im Heinen Grenzverkehr. Die Ausfuhr darf künftig nur mit Bewilligung des Beauftragten des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung in Karlsruhe erfolgen. Um die vollständige Ausfuhr unserer Landesgegenstände der in Frage stehenden Gegenstände zu verhüten, ist vorstehende Maßnahme getroffen.

Die Kartoffelnot.

Auf dringende Anforderung des Ministeriums des Innern beim Reichswirtschaftsministerium hat dieses die Reichskartoffelstelle in Berlin angewiesen, zur besseren Versorgung der größeren Städte Badens und sonstiger ungenügend mit Kartoffeln versorbener industriewichtiger Orte und als Ersatz für frischgeernteten Mehl bereit zu stellen. Es werden demzufolge für jedes an 7 Pfund Kartoffeln fehlende Pfund jeweils 100 Gramm Mehl (halb Getreide, halb Kartoffelmehlmehl) zur Ausgabe gelangen.

An die Erzeuger (Landwirte) sei aber an dieser Stelle nochmals der dringende Appell gerichtet, die ihnen ausgegebenen Kartoffelmengen unbedingtes und restlos an die Kommunalverbände abzuliefern. Die Lage auf dem Kartoffelmarkt ist so ernst, daß in den großen Städten augenblicklich eine Wochenvorrat von 3 Pfund auf den Kopf auszugeben werden kann. Wenn die Anlieferung nicht besser wird, kann künftig nicht einmal dieses Quantum verteilt werden.

Abermalige Einschränkung des Personen- zugverkehrs in Sicht.

Wegen unzureichender Zufuhr von Eisenbahndienstlosten ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß binnen kurzem abermals eine weitgehende Einschränkung im Personenzugverkehr auf den badischen Bahnen vorgenommen werden muß, damit der für die Bedürfnisse des Landes unbedingt notwendige Güterverkehr wenigstens in beschränktem Umfang aufrecht erhalten werden kann.

Dringende Vorstellungen wegen besserer Versorgung der badischen Staatsbahnen mit Kohlen sind bei den maßgebenden Stellen bereits erhoben worden.

Badische Arbeitslose zum Kohlenbergbau.

Der an die „Arbeitslosen“ ergangene Ruf ist nicht ungehört geblieben. Am 24. November ging von Lörrach ein erster Transport von 50 Mann zum Bergbau in das Kohlengebiet Oberhessen (Hessland) ab. Er wird gefolgt von dem energischen und umsichtigen Geschäftsführer der Erwerbslosenfürsorge Oberbaden, Herrn U. J. J. J., dessen Persönlichkeit eine Gewähr dafür bietet, daß unsere Landsleute zu angemessenen Bedingungen an den richtigen Platz gestellt werden.

Es ist sehr zu begrüßen, wenn Badener in größerer Anzahl sich an der 2. B. wichtigsten und volkswirtschaftlich notwendigen Arbeit beteiligen. Von der Kohlenförderung und vom Kohlentransport hängt das Schicksal des Reiches ab. Diejenigen „Arbeitslosen“, sowie auch andere Arbeiter, die sich zur Annahme von Arbeit bei der Kohlenproduktion entschließen, leisten dem Deutschen Reich und damit auch ihrer engeren Heimat sowie ihrer Familie einen großen Dienst.

Die Reichsregierung sowie die deutsche Nationalversammlung haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß der Bergmannsberuf für Deutschland von größter Bedeutung ist. Es wurde betont, daß der Bergmann gut bezahlt werden müsse. Die Arbeitszeit müsse kürzer sein als in anderen Berufen. Auch findet eine erhöhte Zuweisung von Lebensmitteln statt. Es soll ferner überall dort, wo die Möglichkeit vorhanden ist, dem Bergmann Gelegenheit gegeben werden, sich ein Häuschen mit Garten zu erwerben. Kurz, man ist bestrebt, es dahin zu bringen, daß der Bergmannsberuf wieder, wie er es ehemals war, ein begehrter Beruf werde.

Fahrplanänderung.

Vom Mittwoch, den 10. Dezember ab, treten im Fahrplan der Personenzüge folgende Änderungen ein: Zug 561 Lörrach—Weil-Leopoldsdorfer Höhe verkehrt durchweg 20 Min. später; Lörrach ab 5.11 nachm., Weil-Leopoldsdorfer Höhe an 5.15, Weil 5. Lörrach an 5.19, ab 5.20, Weil-Leopoldsdorfer Höhe an 5.25; Zug 733 Graben-Neudorf ab 10.53 vorm., Karlsruhe an 11.30, über Blankenloch verkehrt wieder regelmäßig.

Schlafwagenverkehr.

Voraussetzungen auf Verträge auf den badischen Staatsbahnen können künftighin 3 Tage vor dem Reisetag gemacht werden. Bei telegraphischer Vorausbestellung kann die Bestellung jedoch so zeitig angenommen werden, daß

das Telegramm zu Beginn des Vorverkaufes bei der Platzverteilungsstelle vorliegt.

Die Spielnachmittage der Schule.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichtes hat an die Direktoren der Höheren Lehranstalten folgenden Erlaß gerichtet:

Die Spielnachmittage sind auch im Winterhalbjahr, sofern es die Witterung und Beschaffenheit des Spielplatzes einermöglichen zulassen, abzuhalten. Dabei empfiehlt es sich, während der Winterszeit häufigere kürzere Wanderungen anstelle der Spielnachmittage treten zu lassen und mit diesen Wanderungen Übungen zur Schärfung der Sinne oder Vorträgen naturwissenschaftlicher oder geographischer Art zu verbinden.

Die Ausstellung der Heimatscheine und Staatsangehörigkeitsausweise.

Mit dem Eintritt friedlicher Verhältnisse können die aus- und einreisenden Staatsangehörigen, mit Sonderurlaub vom 20. April 1918 angeordneten besonderen Sicherheiten entbehren werden. Darnach brauchen Staatsangehörigkeitsausweise und Heimatscheine nicht mehr auf der Rückseite mit einer Personalbeschreibung und einem Lichtbilde des Inhabers nebst feiner eigenhändigen Unterschrift unter dem Lichtbilde und der behördlichen Bescheinigung über die Identität des Inhabers versehen sein.

Unverändert müssen nach wie vor Staatsangehörigkeitsausweise und Heimatscheine für die im Inlande wohnende Staatsangehörigen durch die Inlandsbehörden und Heimatscheine für im Ausland — auch in der Schweiz — lebende Personen ohne Ausnahme durch Vermittelung der deutschen Konsulate persönlich beantragt werden. Auf die hierin liegende Gewähr darauf, daß die Ausweise auch wirklich in die Hände der Berechtigten gelangen und insoweit ihrer missbräuchlichen Verwendung möglichst vorgebeugt wird, kann mit Rücksicht auf die immer noch herrschende allgemeine Unsicherheit im Rechtsverkehr vorläufig nicht verzichtet werden.

Es können ferner Befehlsbefragungen über die im Sonderurlaub vom 10. April 1918 vorgeschriebene Dauer eines Jahres hinaus, Heimatscheine auf die allgemein übliche Zeit wieder ausgestellt werden, falls nicht die Verlängerung der Geltungsdauer im Einzelfall zweckmäßig erscheint.

Abschluss von Schweinefleischverträgen.

Auf Anordnung des Reichswirtschaftsministeriums ist der badischen Fleischverorgungsstelle eine bestimmte Menge an ausländischer Futtermittel zur Verfügung gestellt worden, die sich in Verbindung mit erlaubten heimischen Futtermitteln (Rüben, Abfallstoffe u. dergl.) zur Schweinefleischherstellung eignen, und die Möglichkeit bieten, die Fütterung von Schweinen für die allgemeine Versorgung wenigstens in kleinerem Umfang wieder in Gang zu bringen. Der durch die Verwendung der teureren ausländischen Futtermittel bedingte höhere Fleischpreis ist durch die Zulassung eines im Vertragswege zu vereinbarenden entsprechend höheren Verkaufspreises für die gemästeten Schweine ausgeglichen worden. Der Abschluss der Verträge mit den Schweinefleischherstellern erfolgt wie früher durch die Landwirtschaftskammer und ihre Beobachtungsstellen.

Die vertraglich festgestellten Schweine werden demjenigen Kommunalverband geliefert, in dessen Bezirk der Mäster wohnt und werden vom Kommunalverband im gleichen Verhältnis zur Deckung des Bedarfs der eigenen Bevölkerung und zur Erfüllung der ihm obliegenden Lieferungsverpflichtungen für auswärtige badische Bedarfstellen verwendet. Der vertraglich festgestellten Mäster hat sich zur Abnahme von je 2 Zentnern ausländischem Kraftfutter für jedes Schwein zu verpflichten, das ihm von der Geschäftsstelle der badischen Fleischverorgungsstelle genehmigter Preis geliefert wird.

Für die vertragsmäßig gelieferten Schweine hat der Kommunalverband dem Mäster einen Preis von 250 Mark für den Zentner Lebendgewicht frei Empfangsort des Kommunalverbandes zu bezahlen. Der Abgabepreis und die Art der Verteilung des aus Vertragsschweinen erzielten Schweinefleisches an die Verbraucher wird gemäß Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 8. November 1919, Höchstpreis für Schweinefleisch betr., (Staatsanzeiger Nr. 264) durch die Fleischverorgungsstelle besonders geregelt werden.

Paketverkehr während der Weihnachtszeit

Für die Zeit vom 13. bis einschließlich 26. Dezember treten wie in den Vorjahren im Paketverkehr die nachstehenden, unter den gegenwärtigen schwierigen Verkehrsverhältnissen notwendigen Beschränkungen ein:

1. Zur Beförderung unter Wertangabe (bis 100 Mark und über 100 Mark) werden von Privatpersonen nur solche Pakete angenommen, die — abgesehen von den den Inhalt betreffenden Mitteilungen — ausschließlich bares Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten. Pakete mit anderem Inhalt sind während der angegebenen Zeit von der Beförderung unter Wertangabe ausgeschlossen.
2. Das Verlangen der Selbstbeförderung ist für die bezeichneten Tage bei gewöhnlichen Paketen, die von Privatpersonen zu herrühren, nicht zugelassen.
3. Dringende und Einschreibepakete werden während der angegebenen Zeit von Privatpersonen nicht angenommen.

Mit einer Beilage: Amtliche Gewinnliste der Deutschen Ausland-Zustitut-Geldlotterie

Was das neutrale Ausland sagt.

In einem „Lobge und Lobendort“ überschriebenen Artikel liefert die „Basler Nationalzeitung“ ein Beispiel dafür, wie man im neutralen Ausland über Ludendorff und sein Auftreten sowie dessen mögliche Folgen denkt. Es heißt darin u. a.:

„Der General Ludendorff hat sich erlaubt, vor aller Öffentlichkeit den ehemaligen deutschen Botschafter Graf Bernstorff anzuschuldigen, weil dieser versucht hatte, den Unterseeboottrog zu verhindern. Er hat dabei mit der Faust auf den Tisch geschlagen, wie ein Kommentarstudent vom Ehrenpunkt schwadroniert, die übelsten dialektischen Kunstgriffe gebraucht und dabei sicherlich vielen Deutschen sehr imponiert. Für jeden jedoch, der ruhig und kritisch zu lesen versteht, ist seine Hindenburgs Erklärung das klarste Schuldbekenntnis. Ludendorff hatte Bernstorff gesagt, er wolle keine Friedensvermittlung Wilsons und in drei Monaten wäre die Sache zu Ende, das heißt der Siegfriede wäre gemacht. Um dieses peinliche Eingeständnis suchte er sich herumzubriden, als hätte Bernstorff ihm die Ausrufung zugesprochen, er wolle überhaupt keinen Frieden. Das ist natürlich offenbar Verdreher, jedermann, sogar ein deutscher General, will den Frieden, aber welchen Frieden? Als Beweis seiner Harmlosigkeit führte Ludendorff an, er hätte den Russen am Stochod die glimpflichsten Bedingungen angeboten. Wie urteillos muß in den Augen dieser Alldeutschen doch ihr Volk sein, wenn sie solche Argumente anführen! Damals galt es einen Sonderfrieden mit Rußland zu erzielen, um dann sich die Beute von Franzosen und Engländern zu holen; das folierte und besiegte Ausland wäre später von selbst unter das Joch der Bolschewiker gekommen. Das ist es, was Ludendorff unter einem „schlagenden Beweise“ seiner Mäßigung versteht.“

Er sucht über die unangenehmen Bitate Bernstorffs hinwegzukommen, indem er mittelst dieser habe bei ihm um die Besprechung nachgesehen. Dann wundert er sich, daß dieser ein jedes seiner Worte so genau gemerkt habe. Als ob es darauf anläge, und nicht allein darauf, was Ludendorff sagte und was er mit seiner bedenkenlosen Strupellosigkeit, seinem mangelnden Weitblick und mit seinem Hajardeurwesen durchgeschleht hätte! Und davon ist alles bestätigt. Bestätigt, daß Deutschland das Friedensangebot Wilsons verhindern wollte, bestätigt, daß der alte Hindenburg erklärte, dahinter stehe England, was offenbar den schon damals vorliegenden Tatsachen widersprach, bestätigt, daß die Militärbehörde das äußerste an Verbeugung aufbot, um Wilson vor dem deutschen Volke zu diskreditieren. Der General Ludendorff wirt dem Grafen Bernstorff vor, dieser hätte der englischen Propaganda in der Union nicht entgegenwirkt. Wie konnte dies Bernstorff, da England einen unübertrefflichen u. als solchen nie zu schlagenden Propagandisten besaß: Ludendorff selbst? Was konnte Bernstorff tun, angesichts der offensbaren, auch von dem zittigen Kanzleimenschen Bethmann wieder betonte Führung der Generale, die sich jetzt nach dem Zusammenbruche ihres geistlosen, grausamen u. überholten Systems auf einmal auf die Zivilisten ausreden und dem von ihnen belagerten und betrogenen deutschen Volke die Verantwortung aufzuschieben? Die Amerikaner haben die Generalwirtschaft, den Einmarsch in Belgien, die systematische Ausplünderung aller besetzten Gebiete, die Versenkung unbewaffneter Handelsschiffe, die belgischen Deportationen, die beispiellose Verflaubung eines zivilisierten Volkes, das sich zur Maschine in den Händen starrsinniger Feinde des Menschengeschlechtes machte — und da gab es keine Propaganda, die diesen Schandred verweisen konnte!

Die Generale haben eine Erklärung verlesen, die in dem Maße ärselt: „Nur an der Wahrheit kann das Volk wieder gefunden“ und die so ziemlich in jedem Worte eine Lüge war. Das ist auch ganz verständlich, denn wo kämen die Generale und ihre Mitberbedeneten hin, wenn das Volk die Wahrheit begriffe? Da gilt es, die Deutschen wieder in ihren alten, dunklen Gehorsamsstall zu sperren, um sie weiterhin für Kadettenschulen, Schützengräben, eiserne Kreuze und Leibregimenten zu züchten. Es ist mit Händen zu greifen, wie das deutsche Volk wieder den Weg geht, der es in einen verhängnisvollen Gefangenschaft zur übrigen Welt, in endlose Katastrophen und neue Kriege führen muß. Nur die entschiedene Einigung aller freiheitlichen, demokratischen und verhältnismäßig Kräfte in der Welt könnte da entgegenwirken, das deutsche Volk müßte erkennen, daß es mit Gewalt gar nichts auszurichten vermag, daß ihm aber, wenn es geduldsfertig ist und seine Kriegspolizei gerschlägt, ein rascher Ausbruch und eine Existenz unter gleichberechtigten Nationen gewiß ist. Wer dies veräuht, wer den Ewigkeits-Imperialismus unterstüht,

den Eintritt des Friedens sabotiert, den Völkerverbund versinken läßt, der arbeitet als Gehilfe Ludendorffs. Herr Senator Lodge und sein Partei wollen dies nicht, ihre Haltung ist vom amerikanischen Überdruß vor Weltpolitik ditiert. Aber ob sie wollen oder nicht, diese Weltpolitik existiert nun einmal und es geht nicht, sie einfach als nicht vorhanden zu betrachten. Die Firma Lodge und Ludendorff wäre ein Weltunglück, und es ist dringend notwendig, die beiden ungleichen Kompagnons von einander zu trennen."

Deutsche Nationalversammlung.

Bei Eröffnung der Samstags-Sitzung gedachte der Präsident der ersten Sitzung, die vor 20 Jahren in diesem Hause abgehalten wurde. 20 Abgeordnete machte der Präsident namhaft, die dem Reichstage schon damals angehört haben und noch heute Mitglieder des Hauses sind. Das Haus sei entschlossen, tatkräftige Arbeit beim Wiederaufbau des zusammengebrochenen Deutschen Reiches zu leisten. (Beifall.)

Die Erledigung des Gesetzes über die Zahlung der Rente in Gold findet ohne Fortsetzung in dritter Lesung statt. Es folgt die Fortsetzung der Beratung des Landessteuergesetzes in Verbindung mit der Reichseinkommensteuer und der Kapitalertragssteuer.

Herr Dr. Düringer (D. N.): Die Steuerpläne des Finanzministers haben unsere Kaluta nicht gehoben. Das Ausland hält sie wie wir für den Ruin unseres Wirtschaftslebens. Die Bekanntheit seiner vertraulichen Erklärung aus der Behnert-Kommission hat niemand überzeugt. Der Alkoholismus unserer Gegner gegenüber werden neue papierene Projekte nichts nützen. Die deutschen Steuerpläne zwingen eine Zentralisation, wie sie kein Staat besitzt. Das Reichsnotopfer wirkt auf mittlere Vermögen wie eine weitere Einkommensteuer. Das Kinderprivileg züchtet das Einkommensteuersystem. Wir sprechen dem Minister nicht unser Vertrauen aus.

Finanzminister Erzberger: Es ist eine maßlose Übertreibung, zu sagen, das Reich sei nur noch Steuerzufuhr. Das Reich muß dafür sorgen, daß die Zeichner der Anleihe ihre Rente bekommen, die Witwen und Kriegsbeschädigten ihre Renten. Die Besoldungen müssen erhöht werden. Die große Gehaltsreform ist im Werke. Die sozialen Renten müssen und werden aufgebracht werden. Das alles wird das Wirtschaftsleben stärken und beruhigen, ebenso die Eisenbahnenzentralisation. Die Summe von 24 Milliarden muß unter allen Umständen beschafft werden. Die Finanzpolitik muß etwa 30 Prozent des Volkvermögens erfassen. Die Steuererlässe, die wir fordern, sind meines Erachtens das höchste Maß dessen, was wir dem Einzelnen wirtschaftlich zunutzen können. Das Kinderprivileg wird in Zukunft ganz anders wirken als bisher. Erst wenn die direkten Steuern bis zur letzten Möglichkeit ausgebaut sind, können wir an die indirekten Steuern herangehen. Nach unserer Auffassung würde es ein Gewaltstreik der Entente sein, wenn in Hand an unsere Steuern legen wollte. Wollten wir darauf Rücksicht nehmen, dann dürften wir überhaupt keine Steuern erheben. Ich würde es für gut halten, alle Steuerentwürfe an eine Kommission zu verweisen. Die Vorarbeiten für die Verhandlung müssen bald einsehen. Die Voraussetzung für diese Verhandlung, also die Begriffe "Was ist Einkommen? Was ist Vermögen?" müssen bald im befriedigenden festgelegt werden, nach der Weihnacht. Die Ausgestaltung des Tarifs hätte dann Zeit bis nach Weihnachten. (Beifall bei der Mehrheit.)

Herr Beder-Hessen (D. N.): Ob die Entente nach dem Friedensvertrage ein Recht hat, die Hand auf das Notopfer zu legen, ist gleichgültig. Sie hat die Macht dazu und wir müssen fürchten, daß sie diese Macht benützt. Es empfiehlt sich, das Notopfer zurückzustellen oder ihm eine andere Form zu geben.

Herr Wurm (L. S.): Die Reichseinkommensteuer geht zu tief herunter, so daß sie wie eine indirekte Steuer wirkt, weil sie die wirtschaftlich Schwachen mehr belastet als die Starken. Die Einschränkung des Steuerrechts der Länder und Gemeinden lehnen wir ab.

Als letzter Redner spricht Dr. Heim, nach dessen Ansicht die Steuerentwürfe eine Verfassungsänderung enthalten. Die Zentralisationsbestrebungen seien unerträglich, damit nütze man dem Reichsgedanken nicht. Es gelte, die Opferfreudigkeit zu heben durch Förderung der Produktion usw. Statt dessen sabotiere man die Landwirtschaft.

Die drei Steuerentwürfe wurden an die Kommission verwiesen. Nächste Sitzung: Dienstag, mittags 1 Uhr: Kundgebung gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen.

Landestheater.

"Der Ring des Nibelungen".

Die infolge der Kohlenhöfe vor kurzem unterbrochene Gesamtauführung des Ringzyklus ist nunmehr glücklich zu Ende gebracht worden. Aber dem diesmaligen "Siegfried" lag allerdings wenig Stimmung. Ein Grund dafür mag darin zu suchen sein, daß an Stelle der am Erscheinen verhinderten Kammerfängerin Berta Morena Frau Benda Mottl-Fahndorfer die Brünnhilde gab, deren Stärke heute mehr auf dem Gebiet der räumlichen Kunst der Darstellung liegt, als auf dem des Gesangs. Daß ihr darstellerischer Stil an sich aus dem Rahmen unseres heutigen Entenstübes herausfiel, hatte schließlich weniger zu bedeuten; Enttäuschung aber verursachte der auffallende Mangel an sinnlichem Klangreiz sowohl wie an Kraftfülle, der sich in ihrem Gesang fast den ganzen Abend über bemerkbar machte. Doch auch sonst schien die Aufführung weniger einheitlich und gleichmäßig ausgefallen als die vorausgegangenen Abende. So schien Herr Schöffel, der im übrigen gesanglich und darstellerisch prächtig in die Disposition zu liegen; ein Mangel war es auch, daß Herr Büttner, der als Wotan rein gesanglich wie darstellerisch auffallend schöne Momente hatte, mehrfach an Deutlichkeit der Aussprache zu wünschen übrig ließ. Das gleiche gilt von Fel. Bruntsch als Erda, so daß z. B. von dem großen Gespräch vor der letzten Verwandlung kaum ein Wort zu verstehen war. Hervorragend war auch diesmal wieder der Mime Carl Seidel; es dürfte wenige Sänger geben, die bei gleicher Beherrschung aller musikalischen Ausdrucksmittel über eine ähnliche Fähigkeit scharfsinniger und prägnanter darstellerischer Charakterisierung verfügen wie dieser Künstler. Auch der Albert Malh-Mottas war treffend, mit dem Ausdruck dämonischer Leidenschaftsgleichheit.

In der "Götterdämmerung" sang wiederum Frau Mottl-Fahndorfer: die Brünnhilde, diesmal mit größerer stimmlicher Kraftentfaltung und mit padender Gewalt des Ausdrucks — eine vor allem technisch bewundernswerte Leistung. Der Siegfried Schöffels war außerordentlich sympathisch gehalten, psychologisch fein durchgearbeitet und in jeder Phase seines Spiels überzeugend. Sein Gesang klang schön, sicher und ausdrucksvoll. Die dominierende Leistung

Politische Neuigkeiten.

Das Ende mit Schrecken.

Aber die Katastrophe im Osten berichtet das Mitglied der Nationalversammlung Dr. Wolff-Rißit in einem interessanten Artikel des "Volksfreund". Er schreibt darin u. a.:

"Der ganze Osten brennt. Die Katastrophe ist eingetreten. Ein Teil unserer früheren Armee ist in Litauen eingeschlossen und befindet sich im schweren Kampfe. Täglich treffen in Litauen aus dem Baltikum geflohene Truppen ein. Sie wollen deutsch bleiben! Diese zurückkehrenden Truppen bestätigen, daß das ganze Baltikum mit dem Sitz in Riga das Sammelbecken der konterrevolutionären und monarchisch gesinnten Soldateska war. Samstag, den 1. November, traf in Riga ein nicht endemollerer Truppenzug ein. Verwundete wurden mit Autos und Möbelwagen nach den Lazaretten übergeführt. Die armen Opfer, die ihr Los zum Teil selbst verschuldet haben, zu Teil aber durch falsche Körpergelegenheiten oder durch den Terror der Offiziere verwundet oder ertränkt in die Heimat zurückzuführen, sollten diese Offiziere verantwortlich machen.

Die Sozialisten Litauens und einiger Nachbarstädte sehen die Gefahr täglich wachsen. Sie haben seit Juli nichts unternommen, den Wehrminister darauf aufmerksam zu machen. Täglich werden von uns Werbeposters für die russische Wehrarmee ausgehoben. Täglich überschreiten noch heute irreguläre Mannschaften den zugefrorenen Memelstrom, um nach Russland zu gelangen. Diese Leute sind mit Militärpapieren vorzüglich versehen.

Als vor sechs Wochen die litauische Volksstimme schrieb, daß die Einhabung der Lithuanien und Lebensmittellieferung an die Truppen und Entziehung der Unterstützung an deren Angehörige das beste Zwangsmittel zur Rückkehr sei, ging ein Sturm der Entrüstung durch den bürgerlichen Mätiwald. Jetzt kostet das Unglück schwerer auf den Familien, wenn der Vater, Sohn oder Bruder gar nicht oder mit geringen Gliedern heimkehrt. Ein Aares Bild brachte der Literatortag. Die "Krommel", das regierungsfeindliche Organ in Riga, forderte die Truppen auf, sich bei ihrer Rückkehr nach Deutschland die Namen der Stadtverordneten Wolff und Kuschke u. a. zu merken. Die Leute hielten Wort! Sie kamen zum Abgeordneten Wolff mit der Witte, ihren Transporthilfen in Augenschein zu nehmen. Die Besichtigung erfolgte und zeigte geradezu ein erschütterndes Bild. Der Offizier ließ die Leute, 120 an der Zahl, antreten. Sie sind in ungeheurer Ruhe, ohne Stoch, als "Arrestanten", eingetroffen. Als "Arrestanten" wurden sie behandelt, weil sie "sahnenflüchtig" sind, d. h. sie haben den Ausruf der Reichsregierung befolgt und sind gegen den Willen der Offiziere nicht geblieben. Allen Leuten sind Privatfächer, Uhren, Trauringe, von der Kriminalpolizei in Riga, deren Hauptmann Borkamp-Rau ist, abgenommen worden. Löhmungen haben sie noch für vier bis fünf Deladen zu bekommen. Dagegen mußten sie das Ölgebel abgeben, um dafür wertlose Bernondbilderbogen zu erhalten. In zwei Gliedern standen die Leute vor mir. Die Köpfe wurden aufgemacht. Jeht bis zwölf Mann waren jeht, vier Wochen vor Weihnachten, ohne Gomb und Unterhosen, die Brust von Läusen gerissen. Andere fehlten die Schuhe, sie hatten Holzschuhe an oder die Füße mit Lumpen umwickelt. Hod und Hosen waren durchweg entzweielt.

Es werden uns die Leute zurückgeschickt, für die bis in die neueste Zeit hinein Kleider und ganze Wagonladungen mit Wäsche über Lausgergen nach Russland gegangen sind. Einem jungen Krieger fehlte der rechte Arm. Erhalten sollte er als einmalige Abschlußsumme 2000 R., bekommen hat er nur hundert. Unteroffizier Erat, Pforzheim, hatte vorschrittsmäßig gekündigt und die Kündigung — trotz Drängens der Offiziere, sie zurückzunehmen — aufrechtgehalten. Vor seiner Entlassung wurde ihm erklärt, daß er sein Geld bekommen und die Stammtafel unterzeichnen solle. Nachdem er seinen Namen unterschrieben hatte, wurde er wegen Fahnenflucht verhaftet, wurden ihm Uhr, Trauring usw. abgenommen, er selbst in Handschellen gelegt, mißhandelt und in eine Zelle geworfen. Das bestätigen die Leute und Offiziere. Das Leben dieser Leute ist eine lange Lebenszeit gewesen. Ihre Worte enden nur in Flüchen gegen Bernondbild, Gerecht und andere Verführer. Wenn diese Offiziere in Ostpreußen bleiben sollten, dann wären wir in kurzer Zeit erledigt."

Vom Pariser Fünferat.

Aus Paris berichtet das W. L. B.: Nach der gestrigen Sitzung des Fünferates traten die Delegierten der fünf Großmächte zu einer geheimen Sitzung zusammen, in der der Text der Antwort auf die Mitteilung festgestellt wurde, die der

Führer der deutschen Delegation, Herr v. Herzner, am vergangenen Montag in Betreff des Zusatzprotokolls zum Friedensvertrage von Versailles dem Generalsekretär der Friedenskonferenz Dutailla gemacht hat. Der Beratung wohnten gestern weder Marschall Koch noch Marschall Wilson bei. Der Fünferat beschäftigte sich in der geheimen Sitzung mit der Frage der Erhebung der deutschen Rente in Goldwährung. Die deutschen Zollbehörden wollten dieses Regime an den kontinentalen und den Seezonen zur Anwendung bringen. Durch die Frage würden Probleme angeschnitten, die erst nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages ihre Regelung finden könnten.

Nach einer Meldung des Pariser Korrespondenten des "Corriere" ist die Rente an Deutschland gemäßig gehalten und man sagt, daß sie keineswegs eine bestimmte Drohung für eine neue eventuelle Befehung deutschen Gebietes enthalte. Die angebliche Mäßigung wird dem Einfluß der amerikanischen Delegation zugeschrieben und namentlich der Tatsache, daß diese zur allgemeinen Überraschung plötzlich von Lansing dem kategorischen Befehl erhalten hat, mit ihren Mitgliedern am 10. Dezember abzureisen. Nachdem Clemenceau Wilson gesehen hatte, zum mindesten einen Teil der Delegation in Paris zurückzulassen, hat man mit völliger Sicherheit auf Erfüllung dieses Wunsches gerechnet, umso größer ist nun die Enttäuschung. (W. Fr.)

Die Voralberger Frage.

Nach einer Meldung der Korrespondenz Herzog richtet die Wiener Staatskanzlei an den Landtag von Voralberg folgendes Telegramm:

Die Staatsregierung wird Voralberg keinen geschichtlichen Weg verschließen und, wenn der Landtag einen Antrag auf Zulassung von Verhandlungen Voralbergs mit der Schweiz unterbreiten wird, diesen Antrag nach Paris weiterleiten, behält sich jedoch die gleichzeitige Abgabe einer Erklärung zur Wahrung der Interessen Österreichs vor. Der von Voralberger hintertürlich am Dienstag gemachte Vorschlag wird daher von der Staatsregierung akzeptiert; jeder anderen wider dem Friedensvertrag oder die bestehenden Gesetze gerichteten Aktion müßte die Regierung selbstverständlich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Sie empfiehlt den Weg des Rechts und Gesetzes.

Auf Anfrage des "Telegraphen- und Korrespondenz-Bureaus" in Bregenz teilte der Vertreter des Voralberger Landeshauptmanns mit, daß alle Gerüchte von einer bevorstehenden Selbständigkeitsklärung von Voralberg unbegründet seien und daß die Frage des Anschlusses von Voralberg an die Schweiz heute auf der Tagesordnung des Landtags steht.

Eine große internationale Kreditaktion für Mitteleuropa?

Das W. L. B. meldet aus Paris: "Antantagant" glaubt bestätigen zu können, daß der Oberste Rat gegenwärtig damit beschäftigt sei, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, um den finanziellen Schwierigkeiten aller Länder, einbezogen die früheren Feinde, entgegenzutreten. Man spreche von der Schaffung einer ausgedehnten internationalen Kreditgewährung, um vor allem der Lage in Österreich zu begegnen, wo Hilfe dringend notwendig sei. Gegenwärtig würden dringende Vorkerklungen bei der Washingtoner Regierung erhoben. Lord George habe erklärt, daß die Lage so ernst sei, daß alle möglichen Maßnahmen ergriffen werden müßten. Die Agence Havas bemerkt hierzu, daß sich ein Konjunktium der bedeutendsten amerikanischen Banken gebildet habe. Dieses Konjunktium habe um Bekanntheit der Berichte erucht, die von dem Chef der französischen, englischen und italienischen Handelsmissionen, die soeben die Vereinigten Staaten besuchten, erstattet worden seien.

Kleine Nachrichten.

Sicherheit der Spar-Premienanleihe. Die Furcht, ein Realisationswechsel könne die Sicherheit der Spar-Premienanleihe beeinträchtigen, ist ganz unbegründet. Wenn nämlich der Staat bei seinen Gläubigern den Kredit verliert, so wird jedes Staatspapier wertlos, mithin auch die Darlebensstufenanleihe, d. h. das Papiergeld, das jeder im täglichen Leben zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes bedarf.

Drohende Gefallen. Dem "Matin" wird aus Straßburg gemeldet: Seit drei Tagen findet eine starke Verschiebung von Artillerie nach dem rechten Rheinufer statt. Zahlreiche Ge-

selbst, von den markant gezeichneten Gestalten der beiden Coleone, der Dogaresa und des Cesare eine starke, mit fortwährender Wirkung aus, die den Zuschauer immer wieder und zwar auch dort in Bann schlägt, wo ihm Zweifel an der psychologischen Wahrscheinlichkeit des Geschehen aufsteigen wollen. Die Regieumst. Baumbachs wußte diese Eindruck noch zu verstärken. Das flotte Reitmärchen der Aufführung war durch einige geschickt angebrachte Mitardandi wirkungsvoll modifiziert, Individuelles und Gemeinames der verschiedenen Charaktere in Sprache, Haltung und Kostüm sorgfältig herausgearbeitet und unterstrichen. Auch räumlich-dekorativ hatte die Regie gute Wirkungen erzielt; nur die Bilderfrage schien mir nicht gut gelöst. Es wäre vielleicht zu empfehlen, einige der großen Malereien durch solche kleineren Formate, oder durch plastische Kunstwerke zu ersetzen. Eine Regieleistung war der Bartholomäus Coleone Fritz Herzog: ganz, zart, Kraft und Willen; eisern und entschlossen im Handeln, suggestiv in seinem Liebeswerben wie im Pathos der Anrede und der Forderung im Rate. Glänzend war Frau Emma Arth als Dogaresa: maßlos stolz und leidenschaftlich hingeworfen, ungebändigt und rasch unterjocht, kühl berechnend und schrankenlos entsetzt, glühend im Lieben, erbarungslos im Haß, — jenachdem es die schwierige Rolle verlangt. Die mit ungleichmäßigen Mitteln gestaltete Fiabella von G. Haller-Schäffer wirkte wie ein wässriger Aufguß des Königs von Ferrara. Überzeugend und sympathisch zeichnete Robert Bürker den Giovanni. Temperamentvoll und feinsinnig durchdringt im Spiel, herbrogend in der Deklamation war der Cesare Bruno Schönfelds. Paul Pachen (Gabriele) beinträchtigte die Wirkung seines feinen Abgemessenen, durch eine vortreffliche Maske wirksam unterführten Spiels durch einige Unsicherheit im ersten Akt. Von den übrigen Mitwirkenden sind Paul G. m. e. c. (Arzt), Rudolf G. s. f. (Gefährter) und Hugo S. d. e. r. (Rubovic) mit Lob zu erwähnen. Das gut besetzte Haus spendete lebhaften Beifall. E. R.

I. Morgenveranstaltung des Theaterkulturverbandes.

Das positive Bewußtsein von den Grundlagen dieser neuen Vereinigung, die, wie Herr Baumbach zu Beginn nochmals betonte, das gegenseitige Verständnis von Dichter und Zuhörer, Schauspieler und Zuschauer vertiefen und klären will, konnte nicht besser dokumentiert werden, als durch diesen Vortrag Herrn v. Waltershausen, der gleich in medias res führt, als er "Das Opernproblem der Gegenwart"

Stöße schweren Kalibers haben die Arbeiterbewegung in Deutschland...
Man bringt diese ungewohnten Kruppenbewegungen mit der
durch die Haltung Deutschlands geschaffenen politischen Lage
in Zusammenhang.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Die nächste Sitzung des badischen Landtags findet
am kommenden Mittwoch, den 10. Dezember, nachmittags
9 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen die noch nicht
erledigten Tagesordnungspunkte (Übergang der bad. Staats-
behörden an das Reich), Interpellationen und zwei kleinere
Gesetzentwürfe über das Wohnungsgesetz und über die Verlegung
des Rechnungsjahrs.

Minister Remmele über die wirtschaftl. und politische Lage.

In einer sehr stark besuchten sozialdemokratischen Ver-
sammlung in Freiburg sprach der Minister des Innern
Remmele über die wirtschaftliche und politische Lage. Nach dem
Bericht der Volksstimme führte er dabei u. a. aus: „Die Not
und das Elend sind auch im neuen Deutschland noch sehr
groß. Ein Abbau der Lebensmittelpreise, wie ihn auch die
Gewerkschaften schon lange wünschten, war bis jetzt noch nicht
möglich. Es ist zu sagen, daß berechtigte Ursache zur Un-
zufriedenheit vorhanden ist. Für unsere Partei erhebt sich
die Frage, warum ist noch alles so? Ist es die Unfähigkeit
der Genossen in der Regierung oder ist es Mangel an Ein-
fluß unserer Genossen in Regierung und Parlament? Hat
es Zweck, daß unsere Partei in der Regierung vertreten
bleibt und im Parlament mitarbeitet? Wir tragen ein großes
Maß von Verantwortung vor der Partei und vor dem gan-
zen Volk. Unsere erste und größte Sorge ist, daß Deutschland
nicht zusammenbricht. Wir müssen, soll unsere Partei nicht
großen Schaden erleiden, auch in der Zukunft in der Politik
mitreden. Die Politik der Sozialdemokratie muß die
Politik des Reiches sein.“

Der Minister kam dann auf die wirtschaftliche Lage zu
sprechen und fügte hinzu: „Durch einen Austritt aus der
Regierung werden die Verhältnisse nicht gebessert. Wer ga-
rantiert, daß die Reaktion nicht stärker wird, wenn unsere
Partei ihre Genossen aus der Regierung zurückbezieht? Frei-
lich, die wirtschaftlichen Notstände kann die Reaktion auch nicht
beseitigen. Nur wenn die Arbeiter selbst ihre Erfolge der poli-
tischen und sozialen Revolution aufgeben, blüht der Erfolg
der Reaktion.“ Seine Darlegungen wurden mit lebhaftem
Beifall aufgenommen. In Anschließung daran kam es zu einer
längeren Diskussion, an deren Ende nach einem Schlusswort
des Ministers Remmele der Vorsitzende Kuntzebel das Er-
gebnis der Versammlung so zusammenfaßte: Wir erkennen
nicht die ungeheuer schweren und großen Aufgaben, vor die
unsere Genossen in der Regierung gestellt sind. Wir haben
zu ihnen das Vertrauen, daß sie nach besten Kräften bemüht
sind, diesen Aufgaben gerecht zu werden. Der sozialdemo-
kratischen Landtagsfraktion machen wir es zur Pflicht, ener-
gisch die Interessen der Partei zu vertreten und den sozia-
listischen Regierungsmitgliedern den nötigen Rückhalt zu ge-
ben. Unser aller Pflicht aber ist es, nicht nur sehnlichst
nach oben zu blicken, wenn Hilfe nötig ist, sondern mit
revolutionärer Kraft selbst in die Speichen zu greifen,
wenn der Staatsorganismus sich nicht vorwärts bewegen will. Bei
solcher Zusammenarbeit können wir getrost der Zukunft ent-
gegengehen.“

Aus der evangelischen Generalsynode.

Die außerordentliche evangel. Generalsynode begann am
Samstag nachmittags mit ihren Beratungen über die neue
Kirchenverfassung, die von dem Verfassungsausschuß in 29
Vorschlägen vorbereitet war. Berichterstatter war Abg. Wen-
der (pos.), der vor allem dem Vorsitzenden Abg. Ernst Frey
(lib.) für seine unparteiische, die Arbeit fördernde Tätigkeit
dankte. Zunächst fand eine Aussprache über den 1. Abschnitt,
der die Landeskirche im allgemeinen umfaßt, statt.

Abg. Soltermann (lib.) führte dazu aus, es sei bemerkens-
wert, daß im Entwurf die Kirche in ihren Grundfesten un-
erschütterlich gelassen sei, weil sie sich auf Ewigkeitskräfte
gründe. Beide Strömungen, sowohl diejenige von Rechts, wie
diejenige von Links, benötige die Kirche, denn beide hätten
ihre besonderen Aufgaben. Redner begrüßte die Tagung der

„wart“ aufsteig. In der Zeit, die neben dem politischen auch
den künstlerischen Kanon zu bringen droht, in einem schon
vor dem Krieg zutage tretenden Ausverkauf der geistigen
Wüter mußten diese zuweilen Worte eines Schaffenden
Eindrucks machen. Sympathisch berührte es, daß Walkers-
hausen sich keine Illusionen über die Schwere des Problems
macht, daß er im Gegenteil der Verblendung, die heute in der
äußeren Wüste des Opernwesens noch anhält, ernst entgegen-
tritt und manches als Wahn schon durchschaut, was viele an-
dere noch nicht zerbrechen am Boden liegen sehen wollen. In
der knapp bemessenen Zeit einer Vortragsstunde auf all das
hinzuweisen, was besorgniserregend die Lebensbedingungen der
Oper gründlich erschüttert hat, aus der Geschichte heraus-
zuschälen, was gesund noch an dem Zustand ist, damit die ver-
worfene Rechnung des ungeheuer verwickelten und in seiner
Tragweite für manche künstlerische Erziehung kritischen Pro-
blems nicht aufgegeben, ist keine leichte Aufgabe. Für den mit
der philosophisch-ästhetischen Auseinandersetzungen darüber
nicht ganz Vertrauten war der Gedantengang, so sorgfältig
er sich auch immer wieder auf historischen Erhebungen auf-
baute, nicht leicht zu verfolgen. Immerhin mußte jedem klar
werden, daß die Oper als solche immer noch in leidlich wohl-
erhaltener Phase besteht, daß wir noch nicht auf den Ruinen
des Wagnerischen Gesamtkunstwerkes angelangt sind. Mit der
Höhe der Technik, auf die Wagner unter stürzender Betonung
ihrer Stilprinzipien die Oper führte, haben wir freilich die alte
einfache Technik, die ihren Ausdruck voran in der Melodie
fand, verloren; aber damit ist nach Walkershausens Meinung
nur eine wichtige Klammer gelockert, die das Kulturbild der
Oper mit der Gesellschaft bindet, und folgerichtig kommt er
zu dem Schluß, hier müsse der allgemeinen Bewertung
geleitet, es müsse aus den verrohten Grundgedanken eine
neue, nationalgerichtete Oper entstehen. Das ist seine — sub-
jektive — Meinung, also auch wieder eine einseitige Auslese,
während andere, wie etwa Paul Bekker, aus der traurigen
Beschaffenheit von heute doch zu wesentlich anders lautenden
Schlüssen gelangen, zumal sie in den „Gezeichneten“ Franz
Schreker (an die man sich auch hier einmal machen sollte!)
die Überwindung Wagners nicht auf dem Wege des Antiqua-
riats als gelungen ansehen und nicht erst in der neuen Zu-
kunft Besserung erhoffen. — Im Anschluß an diesen Vortrag
wurde ein Lieberzulus von dem gleichen Autor über sieben
Gedichte Richard Guds aufgeführt, eine romantisch empfind-
same Arbeit, die aber in der Gesamtwirkung zerbröckelte und

Gesamtheit der evangel. Kirchen Deutschlands in Dresden
und bedauerte, daß die evangel. Kirche immer noch eines ge-
meinsamen Reformationsfestes und eines gemeinsamen evang.
Wochentags ermehre. Bedauerlich sei, daß der Einfluß des Pro-
testantismus auf das Volk zurückgegangen sei. Es wäre ein
Unglück für das deutsche Volk, wenn dieser geistige und kul-
turelle Einfluß des Protestantismus noch mehr zurückginge.
Schließlich betonte der Redner noch mit besonderem Nachdruck,
die Mitarbeit der Schule und der Lehrer.

Abg. Wurth (pos.) führte aus, die Verfassung habe nicht
allein die Aufgabe, das kirchliche Leben zu ordnen, sondern
auch zu fördern. Der neue Verfassungsentwurf stelle einen
Fortschritt dar. Der erste Paragraph, der besage, daß unsere
Kirche Jesus Christus als Herrn und Haupt verehrt, ver-
binde die Glaubensbrüder aus jedem Stande. Die völlige Un-
abhängigkeit von allgemein politischen und sonstigen Mach-
toren müsse das Ziel sein — Abg. Kahlwein (pos.) be-
merkte u. a. die Unfähigkeit sei von der Klasse der Gebil-
deten ausgegangen. Die Unfähigkeit vor dem Kriege, die
gerühmte Kritik der deutschen Theologie habe uns im Aus-
land in Verruf gebracht. — Auch Abg. Dr. Frommel (landes-
kirchl. Bergg.) begrüßte die neue Verfassung. Eine Anregung
des Abg. Wurth (pos.), die Unionsartunde am Ende der Ver-
fassung abzurufen, wurde dem Oberkirchenrat übermitteln.

Es folgte die Aussprache über den zweiten Abschnitt: „Die
Gemeinde“. Hierbei betonte u. a. Abg. Kammerer (pos.), die
Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und Gemeinschaftsgefühls.
Die §§ 1 bis 6 wurden darauf einstimmig angenommen. Die
folgenden Paragraphen, die von der einfachen Kirchengemeinde
handeln, regeln u. a. das Stimmrecht, das diejenigen Ge-
meindeglieder, auch die Frauen, besitzen, die das 25. Lebens-
jahr vollendet haben. Vom Stimmrecht sind ausgeschlossen
auch diejenigen Gemeindeglieder, die als Erziehungsbereti-
chtigte ohne Not ein Kind der evang. Kirche entziehen oder ihm
keinen ausreichenden Religionsunterricht erteilen werden lassen.
In der Aussprache wurde besonders lebhaft das Frauen-
stimmrecht behandelt. Abg. Fischer (landeskirchl. Bergg.) be-
grüßte den § 9, durch den die Heiligkeit des Gotteshauses
betont wird. Redner sprach gegen die Vereinfachung der Mai-
festen in der Kirche. — Auch diese Paragraphen fanden An-
nahme. Am Montag vorm. 9 Uhr wird die Beratung fort-
gesetzt.

Selbsthilfe gegen Schieber und Wucherer!

Man schreibt uns:
Gesehe allein tun es nicht, sie können selbst bei strenger
Durchführung umgangen und durchbrochen werden, sonst hätte
das Schieber- und Wucherertum nicht so riesenhaft wachsen
können. Jammern und Klagen nützt noch weniger, wenn die
Schmarotzer an unserem Leib von fast allen unterstützt wer-
den. Jeder ist mitschuldig, der gedankenlos genug ist, teure
Zigaretten, Schokolade und die vielen anderen Luxusartikel,
wenn auch unter Stöhnen, zu kaufen. Er schädigt sich, er
schädigt das ganze Volk und hilft den schamlosen Wuchergängern.
Selbstbeherrschung und Selbstziehung tut dringend not!
Vor allem aber muß der reelle Kaufmann, dessen Ruf lang-
sam stöten geht, das Seine tun. Die Gelegenheit ist da und
günstiger als bisher. Seit dem 15. November sind die Gren-
zen vom besetzten zum unbesetzten Gebiet für die meisten Wa-
ren (Weis, Hülsenfrüchte usw. ausgenommen) gesperrt. Das
Schiebertum wird den Lang- und Tummelplatz für seine
schmutzigen Geschäfte mehr und mehr in die neutrale Zone
legen. Werweiser denen, die ihr als Schieber und Wucherer
kennt, die Waren, deutsche Kaufleute! Verkauf nicht Euren
guten Namen um Geld, an dem Blut und Tod klebt! Halte
die Augen auf, setz dich unbekannt Käufer genau an, Art
und Menge der verlangten Waren lassen schon einen Rück-
schluß auf den Geist und das Gewerbe des Händlers zu. Nie-
mand darf sich scheuen, „der Sache die Schelle anzuhängen“, den
bekannten Schieber der Bestrafung zuzuführen. Das ist keine
üble Demagogik, das ist Pflicht und verdienstliches Tun. So
mühte es mit dem Teufel zugehen, wenn wir nicht die Blutekel
abstreifen und ihnen den Kopf zerbrechen könnten. Ihre Nie-
derkämpfung wird die Moral und den Wirtschaftsstand un-
seres Volkes heben — darum tue jeder das Seine.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Nr. 76 des Badischen Gesetzes- und Verordnungsblattes hat
folgenden Inhalt: Verordnung: des Staatsministeriums: Er-
hebung von Gebühren bei den Volkskommisariaten betreffend.

Nr. 77 des Badischen Gesetzes- und Verordnungsblattes
hat folgenden Inhalt: Verordnungen und Bekanntmachungen:
des Ministeriums des Innern: die Änderung der Kollisions-
verordnung zum Jagdgesetz betreffend; die Einfuhr von Tieren
aus der Schweiz betreffend; den Verkehr mit Einsteilschweinen
betreffend; des Arbeitsministeriums und des Ministeriums des

auch trotz der vollendeten Wiedergabe durch Frau Tracema
Prügelmann und Herrn Fritz Cortolezzi kühl lich.
S. Sch.

Konzert der Liederhalle.

Der in dem zur Feier des 77. Stiftungsfestes im großen
Festsaal veranstalteten Konzert eingeschlagene Weg ver-
trägt sehr wohl die kritische Nachprüfung auf seine Gang-
barkeit. Denn fast alle von dem hieren auf disziplinierten
Chor vorgetragene Werke entgingen der ästhetischen Anlage
des berühmten Weberfestes, und so bestätigte das Kon-
zert doppeltes: Gegenwart und Zukunft des Männerchores
liegt in der Richtung der Kompositionen von Grell, Bruch, Um-
lauff, Rann, die bis auf Grells stimmige Motette von dem
Verein erstmals öffentlich gesungen wurden, zu den Auf-
gaben gehört selbstverständlich der Kulturkreis des diesmal
durch Wolfram und Adam vertretenen Volksliedes. Regativ
jedoch sind Schöpfungen wie R. A. Fischers „Deimat“ und
Reiters „Deutscher Volksruf“, die fast ins Konventionelle
unfallen. Gestade in der Pflege des Männergesangs, wo die
Musik zur Kunst wird, sollte konsequent auf eine Ver-
edelung und Verbesserung des Gesammtes hingearbeitet
werden. Herr Seminarinspektor Hugo Rahnner hat
sicherlich die hier lagernden Segensteine erkannt und mit
seinem Chor Ernsthaftes erzielt, gerade in der
Entfaltung der Möglichkeiten, die mannigfach in der Pro-
duktion der Modernen und Modernsten das Interesse der
Sänger auch am Gesamtwohl der modernen Kunst überhaupt
wecken. Denn was der einzelne in der Singprobe an Musik
konsumiert und lernt, ist freilich in einem solchen monotonen
Konzert schon angewandte Kunst, muß aber über dessen
Zweck hinaus auch noch weiter wertschöpfend und produktiv
wirken. — Die Solistin des Abends Fel. Gebel Satig sang
überflüssigerweise die Hallenarie und das Gebet der Eliza-
beth aus dem Lammhauer, brachte dann aber einige Wech-
selnde Kostbarkeiten, für deren Wiederholung vor so großem
Kreis ihr besonders gedankt werden muß. Das ebenfalls aus
Mitteln des Landes-theaters zusammengeführte Blasquintett
und -sextett erfreute durch Sätze von Beethoven und Tschuile,
jugendlich und voll Eifer vor allem des letzteren
Gavotte. Das dichtbesetzte Haus nahm alle Darbietungen mit
starkem Beifall auf.
S. Sch.

Innern: die Beibehaltung von Parzellen der Anstalten der
Reichsversicherung und der Innungen betreffend; des Arbeits-
ministeriums: die Festsetzung von Richtpreisen für Siegel-
waren betreffend.

Aus der Landeshauptstadt.

Aus der Stadtratsitzung vom 4. Dezember 1919.

Landesbesteuerungsgesetz. Der Vorsitzende gibt Kenntnis
von dem vorliegenden Entwurf des Landesbesteuerungsgesetzes.
Der Stadtrat hat sich der bekannten Stellungnahme der Ver-
bände der badischen Städte der Städteordnung und der mitt-
leren Städte Badens angeschlossen.

Kartoffelversorgung. Die Versorgung der Stadt Karlsruhe
mit Kartoffeln durch die Badische Kartoffelversorgung ist
immer noch vollständig unzulänglich. Mit dem noch vorhan-
denen Lagerbestand können auch die Kriegspfeifer, die Kran-
kenhäuser, Anstalten und Wirtschaften nur noch wenige Tage
beliefert werden, während für die Allgemeinheit keinerlei Vor-
räte mehr zur Verfügung stehen. Zur Zeit sind 78 835 Per-
sonen in den hiesigen Haushaltungen mit Kartoffeln zu ver-
sorgen, für die sich auch bei Ausgabe einer Kopfmenge von
nur 3 Pfund wöchentlich ein Bedarf von rund 2300 Zentner
ergibt; dazu kommen weitere 700 Zentner für Anstalten usw.,
so daß der Mindest-Bedarf 3000 Zentner beträgt. An-
geichts dieser Lage richtet der Stadtrat an das Ministerium
des Innern die dringende Bitte um vermehrte Kartoffel-
zufuhr oder sofortige Ausgabe einer genügenden Menge
Ersatzmittel, vor allem in Mehl, da ohne die letzteren die Er-
nährung der Bevölkerung nicht durchgeführt werden kann.
Ferner ersuchte der Stadtrat das Ministerium, dahin zu wir-
ken, daß die Landesbevölkerung durch die Amtsvorstände, Geist-
lichen, Lehrer und sonstige geeignete Personen über die Not-
lage in den größeren Städten aufgeklärt und dadurch zur Ab-
lieferung von Kartoffeln veranlaßt wird.

sch. Jirkus Henns. Seit einigen Tagen hat auf dem Mes-
platz der Jirkus Henn sein Domizil aufgeschlagen, um all-
abendlich das zahlreich erscheinende Publikum mit seinen ge-
degenen Darbietungen zu unterhalten. Eine elegante Par-
force-Reiterin, Fel. Marisa, eröffnete das Programm mit
einer sehr interessanten Nummer. Ein jähriges Mädchen,
Klein-Röschen, erwiderte mit Recht den lebhaften Beifall des
Publikums. Ausgezeichnet ist die Luftnummer der Geschwister
Gleich, desgleichen der graziöse Drahtseilakt Fel. Henns. Ein
Meister in seinem Fach als Schlangenhändler ist Mister Fred.
Auch ihm wie dem originellen Krabertruppe Mohamed Ergis
sowie der eleganten Reiterin auf ungefaltetem Pferd, Fel.
Marie, wurde laut Beifall zuteil. Durch sehr niedliche Dar-
bietungen erfreute die kleine Elfenkönigin am Trapez. Die
Regenaravane Jyhando aus Kamerun stellt sich in ihren
Gymnastiken und Gebrauchen vor. Mit lebhaftem Interesse
wurden die faszinierenden Freizeitsportarten des Herrn Direktor
Henn entgegengenommen. Daß auch die üblichen Clowns
mit ihren fröhlichen Späßen nicht fehlen, bedarf kaum der
Erwähnung. Alles in allem darf der Besuch des Unterneh-
mens aufs Beste empfohlen werden.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 17. November d. J. den
Oberbauinspektor Dr. Robert Gehlmaier in Wehrheim — Ar-
beitsministerium veretzt und den Bauinspektor Ant. ...
in Konstanz die Stelle des Vorstandes der Bezirksbauinspek-
tion in Wehrheim übertragen.

Das Justizministerium hat unterm 4. Dezember d. J. den
Amtsanwalt Rudolf Hüpp in Offenburg zur Staatsanwalts-
schaft Waldshut und den Amtsanwalt Dr. Karl Frey in Waldshut
zur Staatsanwaltschaft Freiburg mit dem Amtssitz Wörz-
rach in gleicher Eigenschaft veretzt.

Mit Entschließung des Ministeriums der Finanzen vom
28. November d. J. wurde Betriebsinspektor Wilhelm Kaus-
mann in Waldshut zur Generaldirektion der Staatsbahnen
nach Karlsruhe veretzt.

Was kostet ?

die Deutsche Spar-Prämienanleihe
500 Mark bar
500 Mark Kriegsanleihe

Was bringt ?

die Deutsche Spar-Prämienanleihe
Jedes Jahr
5000 Gewinne gleich
50 000 000 Mark.
Jedes Jahr
25000 Bonus-Gewinne von
1000 Mark bis 4000 Mark.
Jedes Jahr
50 Mark Sparzinsen
für ein Stück von 1000 Mark.

Schluß der Zeichnung
10. Dezember mittags 1 Uhr.

Einzahlungstermin 1.—3. Jan.
1. Ziehung: März 1920.

Ämliche Bekanntmachungen.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr.
In den Gehöften des Ludwig Wilhelm Stern und des Friedrich Haut jr. in Leopoldshafen ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.
Der Durchtrieb von Klauentieren durch Leopoldshafen ist verboten.
Karlsruhe, den 6. Dezember 1919.
Bezirksamt. D.-R. 323

Maul- und Klauenseuche betr.
In den Gehöften des Johann Ruhweier, Wilhelm Bechold und Johann Jakob Hauer in Knielingen ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.
Der Durchtrieb von Klauentieren durch Knielingen ist verboten.
Karlsruhe, den 6. Dezember 1919.
Bezirksamt. D.-R. 324

Maul- und Klauenseuche betr.
Im Stalle des Franz Weisenburger, Schneider in Au a. Rh. ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.
Das verseuchte Gehöft bildet einen Sperrbezirk, die Gemeinde Au a. Rh. ein Beobachtungsgebiet.
Karlsruhe, den 2. Dezember 1919.
Bezirksamt. — Polizeidirektion. D.-R. 317

Maul- und Klauenseuche betr.
Nachdem in dem Gehöfte des Landwirts Josef Brühlmann, Rintheimerstraße 8 in Karlsruhe die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden hiermit für das verseuchte Gehöft die Bestimmungen des § 162 der Ausführungsvorschriften zum Reichsviehseuchengesetz in Wirksamkeit gesetzt.
Das Viereck zwischen Rintheimer-, Sternberg-, Eisen- und Georg-Friedrich-Straße bildet ein Sperrgebiet im Sinne des § 161 a. a. O.

Die mit unserer Bekanntmachung vom 20. November 1919 über das Gelände des Schlacht- und Viehhofes Karlsruhe verhängten Sperrmaßnahmen werden hiermit aufgehoben.
Das mit obenbezeichneter Bekanntmachung aus dem Stadtbezirk Karlsruhe gebildete Beobachtungsgebiet wird auf den Stadtteil außerhalb des Durlacher-Tors einschließlich des Geländes des Schlacht- und Viehhofes beschränkt.
Karlsruhe, den 3. Dezember 1919.
Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Zahlungsaufforderung.

Das sechste Gehälte der Besitzsteuer ist am 1. Dezember fällig geworden. Die Steuerpflichtigen werden aufgefordert, die fälligen Beträge spätestens bis zum 14. Dezember ds. Jrs. zu entrichten. Ist bis dahin nicht gezahlt, so muß nach gesetzlicher Vorschrift die Betreibung eingeleitet und Verfallzinsen gebührt angefordert werden. **Gemahnt wird nicht.** Man zahle bargeldlos. In Kriegszeiten kann die Besitzsteuer nicht entrichtet werden. Auf Antrag kann in den dazu geeigneten Fällen der fällige Betrag gegen Sicherheitsleistung gestundet werden.
Karlsruhe, den 6. Dezember 1919.
Hauptsteueramt — Finanzamt.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe:
1. Lsg. Nr. 4864: 1 a 54 qm Hofreite mit einstöckigem Schuppen, 19 a 82 qm Acker, auf 21 a 36 qm, Lammst. 17. Schätzung: 18600 M.
2. Lsg. Nr. 9008: 14 a 02 qm Acker am Rühlburger Weg, Schätzung: 2100 M.
3. Lsg. Nr. 8020: 22 a 23 qm Acker am Rühlburger Weg, Schätzung: 3300 M.
4. Lsg. Nr. 8670: 10 a 03 qm Acker in den Weingärten, Schätzung: 1000 M.
5. Lsg. Nr. 8669: 14 a 71 qm Acker in den Weingärten, Schätzung: 1500 M.
6. Lsg. Nr. 8704: 15 a 03 qm Acker in den Weingärten, Schätzung: 1500 M.
Grundstück: Gemarkung Knielingen: Lsg. Nr. 2320: 7 a 24 qm Acker im Gehann Waldäcker, Schätzung: 900 M.
Versteigerungstermin: Dienstag, den 16. Dezember 1919, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Akademiestr. 8.
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 18. Oktober 1919.
Not. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Lsg. Nr. 3942: 70 a 32 qm Hofreite und Ackerland, Kriegsstraße 117 a. Schätzung: 90 000 Mark.
Versteigerungstermin: Donnerstag, 19. Februar 1920, ummittags 9 Uhr im Notariatsgebäude Akademiestr. 8.
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 3. Dezember 1919.
Not. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Im Rechnungsdienst der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch ist die Stelle eines

Bürobeamten

so bald zu besetzen. Jüngere Beamten aus der Zahl der Finanzbeamten oder Amtsevidenten wollen ihre Bewerbung unter Anschließ ihrer Zeugnisse und des Lebenslaufes bei der Anstalts-Direktion einreichen. Wegen bestehender Wohnungsnot kommen in erster Linie ledige Beamte in Frage, die in der Anstalt gegen Vergütung vollständige Verpflegung erhalten können.
Direktion der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

Bekanntmachung.

Die Stelle des **Sekretärs** der Rechtsauskunftsstelle hier soll neu besetzt werden.
Gelegene Bewerber wollen ihre Gesuche mit Angabe der Gehaltsansprüche bis zum 20. Dezember ds. Jrs. beim Bürgermeisteramt I einreichen.
Bewerber mit Gerichtsschreiberprüfung sind bevorzugt.
St. 10. 1919.
Der Stadtrat.

Gesucht

Neubesetzung der Stelle eines **Geschäftsführers** für die Milchversorgung des Kommunalverbands Ostbadien-Land eine geeignete energische Persönlichkeit. Angebote sind unter Vorlage von Zeugnissen zu richten an Kommunalverband Ostbadien-Land. S. 293

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.
Karlsruhe i. B.
Gegenüber der Hauptpost

Depositenkasse Durlach i. B. Depositenkasse Ettlingen
Aufbewahrung von Wertpapieren
EINLÖSUNG und GUTSCHRIFT von Coupons und Dividendenscheinen
gemäß den Vorschriften des Gesetzes
betreffs Maßnahmen gegen die Kapitalflucht

AUSFÜHRUNG sämtlicher bankgeschäftlicher Transaktionen
FACHMÄNNISCHER RAT
in allen Bank- und Vermögensangelegenheiten

Zahlungen u. Schecks auf alle Hauptplätze d. Welt

Badisches Landestheater

Montag, den 8. Dezember **Rosmersholm**
Mittel-Preise
Anfang 7 Uhr
Dienstag, den 9. Dezember **Eine Nacht in Venedig**
Anfang 7 Uhr

Badisches Landestheater

Mittwoch, 10. Dezember, abends 7 Uhr:
Drittes Sinfoniekonzert
des Opernorchesters des Landestheaters.
Dirigent: Fritz Cortolozio
Solistin: Herta Dehmlow (Altistin)
Vortragsfolge:
Frau Aventure Ouverture von Hermann Noetzel,
Lieder mit Klavier von Schubert und Schumann.
1. Sinfonie B-dur von Schumann. Große Preise.

Einwohnerwehr Karlsruhe.

Appell
der 5. Kompanie (Südbahnhof) Lehrer-, Wälder- und Eisenbahner-Zug
Dienstag, den 9. Dezember, abends 6 Uhr
Lurnhalle der Schule Gartenstraße 22.

Die schönsten
Blusen und Kleider
dabei die größte Auswahl und
billigste Preise, kaufen Sie im

Blusenhaus Weiss
Karlsruhe i. B. Kaiserstraße 221
an der Hauptpost
Nur erste Etage

Silberne und goldene Dosen usw.
Alle Porzellane, Gruppen, Figuren, Tassen
Schöne Bronze-Uhren und Sonnenuhren
Schmuck, Teppiche, Gobelins, Möbel, Bilder
Englische, deutsche und franz. Kupferstiche
sowie sonstige Altertümer jeder Art
kauft zu bekannt realen Preisen
Antiquar Sasse Kaiserstr. 232
Telephon 1154

UNIFORMEN
und Spezialbekleidung für Beamte,
Beamtinnen u. Arbeiter staatl., kommunaler u. Privatbehörden liefert
Uniform- und Spezialkleiderfabrik
ALBERT HILBERT, Rastatt
Fernsprecher 100.

Ludwig Rettenmaier, Neckarsulm

empfehlte sich zur Lieferung und Anfertigung
elektr. Holzstehlampen
mit eingebauter Fassung. (D.R.P.a.)

Preußischer Beamten-Verein
in Hannover

Lebensversicherungsanstalt für alle deutschen Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, Geistlichen, Lehrer, Lehrerinnen, Rechtsanwälte, Ärzte, Tierärzte, Apotheker, Ingenieure, Architekten, Techniker, Kaufmännische Angestellte und sonstige Privatangestellte.
Versicherungsbestand 43448998 M.
Vermögensbestand 193346951 M.
Alle Gewinne werden zugunsten der Mitglieder der Lebensversicherung verwendet. Die Zahlung der Dividenden, die von Jahr zu Jahr steigen und bei längerer Versicherungsdauer mehr als die Jahresprämie betragen können, beginnt mit dem ersten Jahre. Die für die ganze Dauer der Lebens- und Rentenversicherungen zu zahlende Reichstempelabgabe von 1/4 % der Prämie trägt die Vereinskasse. Betrieb ohne bezahlte Agenten und deshalb niedrigste Verwaltungskosten.
Wer rechnen kann, wird sich aus den Druckfachen des Vereines davon überzeugen, daß der Verein sehr günstige Versicherungen zu bieten vermag und zwar auch dann, wenn man von den Prämien anderer Gesellschaften die in Form von Bonifikationen, Rabatten usw. in Aussicht gestellten Vergünstigungen in Abzug bringt. Man lese die Druckfächer: Bonifikationen und Rabatte in der Lebensversicherung.

Zusendung der Druckfächer erfolgt auf Anfordern kostenfrei durch
Die Direktion des Preussischen Beamten-Vereins
in Hannover.

Bei einer Druckfächer-Anforderung wolle man auf die Anknüpfung in diesem Blatte Bezug nehmen.

Schmuckfächer
aller Art und
Pfandscheine
werden stets angekauft in
Weintraubs
An- und Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52. Tel. 3747
Mathias, Garen, Vst, Sismondi u. a.

Zur Bevölkerungslehre

Herausgegeben von
Carl Diehl und
Paul Dombert
Professoren der Nationalökonomie in Freiburg i. B.
Preis 4.50 M.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und vom
Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Bürgerliche Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
R. 189.2 Heidelberg.
In Sachen der Barbara Peter geb. Seibert in Heidelberg, Klägerin, vertreten durch die Rechtsanwältin Geheimere Justizrat Schuler und Dr. Rühlhauer in Zweibrücken, gegen ihren Ehemann August Peter, früher Gastwirt in Birnmasens, jetzt ohne bekannten Wohn- und Aufenthaltsort abwesend, Beklagten, ohne Anwalt, wegen Ehe-scheidung, ist auf Ersuchen

R. 4. desgleichen Serie 78

Lit. D Nr. 25413 zu 200 M. Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens in dem auf Donnerstag, den 1. Juli 1920, vorm. 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, 2. Stod., Saal D, Zimmer Nr. 114, anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Proklamation der Urkunden erfolgen wird. Mannheim, 29. Nov. 1919.
Amtsgericht S. 9.

R. 200. Baden. Im Konkursverfahren über den Nachlaß des Mathias Klumpp, Schreinermeister in Dossheuern, ist Schlußtermin bestimmt zur Abnahme der Schlussrechnung zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke auf

Dienstag, 23. Dezbr. 1919, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Baden, Zimmer Nr. 17.

Baden, 2. Dez. 1919.
Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

R. 247. Baden. Das Konkursverfahren über das Vermögen der offenen Handelsellschaft in Firma C. F. Krieg & Co., Konsum in Baden-Baden, ist nachdem der Zwangsvergleich rechtskräftig bestätigt ist, aufzuheben.

Baden, 25. Nov. 1919.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

R. 216. Forstheim. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Carl Heinrich Zellbach, Alleinhabers der Firma Carl H. Zellbach in Forstheim wurde an Stelle des Rechtsanwalts Wdhm in Forstheim, der auf sein Verlangen seines Amtes enthoben wurde, Kaufmann Julius Koberer in Forstheim (Salierstr.) zum Konkursverwalter ernannt.

Forstheim, 3. Dez. 1919.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A. 4.

Verf. Bekanntmachungen

Bodenreguliertarif.
Auf Ende Januar 1920 treten die Fruchtjähre für Romanshorn und Romanshorn auf Kraft. R. 273 Karlsruhe, 4. Dez. 1919
Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen.